



Sessionsbericht

Nr. 14 / Sommer 2023

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Lilian Studer AG	lilian.studer@parl.ch	076 575 24 77
Nik Gugger ZH	nik.gugger@parl.ch	079 385 35 35
Marc Jost BE	marc.jost@parl.ch	076 206 57 57

Liebe Leserinnen und Leser

Mit einem langen, warmen Applaus antworteten die anwesenden Mitglieder des Parlaments auf die Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Am Donnerstag vor dem Ende der Legislatur wurde diese in der Mittagspause in den Nationalratssaal übertragen. Das Kriegsleid, das er schilderte, berührte.

Themen rund um die Ukraine gab es auch in dieser Session wieder. Der Vorstoss «Lex Ukraine», der von unserer Mitte-Fraktion stammt, hatte leider keine Chance. In Zusammenhang mit der Ukraine hätte die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial erlaubt werden sollen. Weitere Vorstösse zu dieser Thematik werden folgen. Auch eine gesetzliche Grundlage, um die Ukraine längerfristig finanziell zu unterstützen, wurde vom Nationalrat nicht unterstützt. Zwingend ist eine solche Rechtsgrundlage nicht, doch es wäre ein Zeichen gewesen. Im Rahmen der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025-2028 werden momentan 1,5 Milliarden an finanziellen Mitteln bereitgestellt. Während der Jahre 2023/24 sind 300 Millionen vorgesehen. Es wird noch mehr Mittel brauchen.

Auch die AHV beschäftigte uns wieder. Mit dem Ja zur AHV 21 bei der Volksabstimmung hatten wir gehofft, dass das Thema einen Moment Verschnaufpause erhält. Doch die Renteninitiative der Jungfreisinnigen hielt uns auf Trab. Die Abschaffung des Eigenmietwerts stand ebenfalls auf der Agenda - bereits zum zweiten Mal in dieser Legislatur. Auch das Nationalstrassennetz soll ausgebaut werden, ebenfalls ein wiederkehrendes Thema. Erfreulich war die Annahme des Sexualstrafrechts in der Schlussabstimmung, ebenso der Entscheidung, e-Zigaretten mit einer Tabaksteuer zu belegen - wenn auch die Art und Weise der Besteuerung nicht in unserem Sinne erfolgen soll.

Euch wünschen wir Freude beim Lesen und einen wunderschönen Sommer.

Lilian, Nik und Marc



Die EVP-Nationalratsmitglieder:
Marc Jost, Lilian Studer und Nik Gugger

In diesem Bericht:	Seite
Renteninitiative	2
Tabaksteuer auf E-Zigaretten	2
Nationalstrassen	3
Abschaffung des Eigenmietwerts	3
Sexualstrafrecht	4
Armeebotschaft	4
Ukraine	5
Voranschlag Bundesasylzentrum	5
Motion #banporn4kids	5
Motion Förderung sozialer Unternehmen	6
In dieser Session eingereichte Vorstösse	6

Renteninitiative

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt die Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre. Bis 2023 soll dafür das Rentenalter um 2 Monate erhöht werden. Anschliessend würde das Rentenalter gekoppelt an die Lebenserwartung weiter steigen. Aus drei Gründen konnte die EVP dieser Initiative sowie einem möglichen Gegenvorschlag nicht zustimmen:

Erstens wurde bereits die «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)» im letzten Herbst vom Volk nur knapp angenommen. Nun bereits wieder mit einer weiteren Erhöhung des Rentenalters zu kommen, wäre schlicht ein Affront. Schon letzten Herbst prophezeiten die Gegner, dass dies der Steilpass sei für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67. Somit würden wir ihnen nur recht geben. Wenn wir das tun, fehlt uns als politischen Vertreterinnen und Vertretern des Volkes definitiv jegliches Feingefühl.

Zweitens haben wir mit der AHV 21 das Rentenalter zugunsten eines Referenzalters aufgehoben. Das war wichtig und richtig, da wir damit den Renteneintritt geöffnet und flexibel gemacht haben. Hier müssen wir nun erst einmal Erfahrungen sammeln.

Und drittens hat das Parlament dem Bundesrat ja bereits den Auftrag erteilt, bis Ende Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Auf dem heute geltenden Gesetz können und werden wir uns nicht lange ausruhen. Doch alles zu seiner Zeit.

Gegen unseren Willen hat eine sehr knappe Mehrheit (es ging um gerade einmal eine Stimme) die Vorlage für einen indirekten Gegenvorschlag an die Kommission zurückgewiesen, um eine Schuldenbremse für die AHV auszuarbeiten. Eine Woche später jedoch stimmte die Ratsmehrheit dann doch definitiv sowohl gegen die Initiative als auch gegen einen Gegenvorschlag. Die Kommission hatte sich dagegen entschieden, einen solchen auszuarbeiten. Man hatte sich nicht darauf verständigen können, welche der drei Varianten weiter ausgearbeitet werden sollte. Zudem hätte eine Vorlage binnen weniger Wochen vorliegen müssen. Deshalb empfahl sie ihrem Rat, auch einen Gegenvorschlag abzulehnen. [Votum Lilian](#)

Tabaksteuer auf E-Zigaretten

Mit der Vorlage will der Bundesrat nach eigener Aussage dem geringeren Schädlichkeitspotenzial von E-Zigaretten Rechnung tragen und dennoch dem steigenden Konsum, gerade bei jungen Menschen, entgegenwirken. Erster Punkt war somit der Grund, warum die Steuer entsprechend tiefer angesetzt wurde als für klassische Tabakzigaretten. Aufhörwillige Raucherinnen und Raucher sollten nicht davon abgehalten werden, die E-Zigarette als mögliches Ausstiegsmittel zu verwenden. Konkret soll der Steuersatz bei wiederverwertba-



Die parlamentarische Gruppe «Cycling» trifft sich einmal pro Session. Begleitet wird diese immer wieder von prominenten Personen wie auf dem Bild ersichtlich: Fabian Cancellara hier mir Marc.



Lilian und Nik unterstützten am zweitletzten Sessionstag morgens um 6:15 Uhr die Fraktion beim Parlotion-Lauf. Dabei konnte Nik Markus Ryffel, der diesen Lauf unterstützte, für einen Pick-Nik-Lauf im September 2023 gewinnen für seine Nationalrats- und Ständeratskandidatur.

ren E-Zigaretten zwanzig Rappen pro Milliliter nikotinhaltige Flüssigkeit betragen. Bei E-Zigaretten zum Einmalgebrauch beträgt der vorgeschlagene Steuersatz einen Franken pro Milliliter Flüssigkeit – unabhängig vom Nikotingehalt. Dass die Besteuerung nach Flüssigkeitsgehalt und nicht nach Gehalt des Nikotins berechnet werden soll, ist für uns als EVP unverständlich. Auch soll die Steuer ausschliesslich der AHV und der IV zugutekommen. Hier wäre es angebracht gewesen, auch etwas für die Prävention vorzusehen. Der Nationalrat hat sich somit bei allen Punkten dem Ständerat angeschlossen. Wichtig wird aber diesbezüglich ein Postulat sein, welches die Besteuerung vertieft noch einmal anschauen möchte.

Nationalstrassen

Der Nationalrat ist auf vier Vorlagen des Bundesrats eingetreten, welche Milliardenbeträge zugunsten des Unterhalts und punktuellen Ausbaus von Nationalstrassen vorsehen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte die Rückweisungs-, respektive Nichteintretensanträge von links-grünen Minderheiten ab. Als EVP hatten wir eine differenzierte Position. Die 8,8 Milliarden Franken für den Unterhalt, Betrieb und Anpassungen an den bestehenden Nationalstrassen, sind aus unserer Sicht eine nötige Ausgabe. Bei den punktuellen Ausbauprojekten – hier bewilligte der Nationalrat 5,3 Milliarden – unterstützten wir die Tunnelprojekte in den Kantonen Schaffhausen, St Gallen und Basel-Land / Basel-Stadt. Diese entlasten den Verkehr in Grosstädten, ohne dass dadurch Land in Anspruch genommen wird. Ausbauprojekte von Autobahnen auf Kulturland dagegen lehnten wir aus Sorge für eine intakte Umwelt und entgegen der Mehrheit im Nationalrat ab.

Abschaffung des Eigenmietwerts

Das geltende System der Eigenmietwertbesteuerung ist seit Jahren ein Streitpunkt. Insbesondere stellen sich Eigenheimbesitzerinnen und Eigenheimbesitzern Fragen über Sinn und Zweck der Besteuerung eines als «fiktiv» empfundenen Einkommens. Im Nationalrat wurde deshalb über eine Änderung dieser Wohneigentumsbesteuerung beraten. Bei selbstgenutztem Wohneigentum soll der Eigenmietwert abgeschafft werden. Die EVP begrüsst dieses Vorhaben grundsätzlich. Sie war jedoch in der Debatte darum bemüht, auch den grösseren Teil der Bevölkerung im Blick zu halten, der über kein Wohneigentum verfügt. Sie stimmte schliesslich so ab, dass die Vorlage nicht zu Ungunsten derjenigen in der Bevölkerung gehen sollte, die nicht wohlhabend sind. Leider wurden diese Minderheiten von der bürgerlichen Seite nicht anerkannt, so dass wir am Schluss die Vorlage ablehnten und uns für den Status-Quo entschieden.



Eigentlich hätte es nur ein Bild für Marc Vater werden sollen. Marc trug zum ersten Mal die Krawatte, die er von ihm geschenkt bekommen hatte. Nun hat es auch Eingang in den Sessionsbericht gefunden. Unausweichlich kam Lilian auch ins Bild. Nicht zu sehen ist Nik - er hat fotografiert.

Sexualstrafrecht

Ein erfreulicher Meilenstein: Die Änderung des Sexualstrafrechts wurde in der Schlussabstimmung beider Räte angenommen, so dass dieses an die gesellschaftliche Realität angepasst werden konnte. Von der Revision verspricht man sich, dass mehr Fälle sexueller Gewalt als Vergewaltigung qualifiziert werden. Neu gibt es im Gesetz u.a. einen Straftatbestand zwischen sexueller Belästigung und Vergewaltigung – den «sexuellen Übergriff». Zudem hofft man auf eine Veränderung bei der Befragung von Opfern sowie auf eine gesellschaftliche Signalwirkung. Auch dass für die Täter von Sexualdelikten eine sogenannte Täterarbeit verfügt werden kann, ist ein wichtiger Schritt. Was weiterhin leider bleibt: Die Beweislage ist oft schwierig, da Aussage gegen Aussage steht.

Im Grundsatz heisst es nun «Nein heisst Nein». Wir hätten eigentlich «Nur Ja ist ein Ja» begrüsst. Doch nachdem der Ständerat das sogenannte Freezing – die Schockstarre – ins Gesetz aufgenommen hatte, wurde dieser Kompromiss akzeptiert. Wichtig ist: Gerichte können damit künftig auch einen Schockzustand als Ablehnung deuten.

Armeebotschaft

Seit Kriegsausbruch tut sich die Schweiz schwer mit der Frage, wie man die Ukraine im Krieg gegen den Aggressor Russland militärisch unterstützen kann – ohne die Neutralität zu verletzen. Bis heute wurde Nik Guggers Forderung für Schutzwesten für die Zivilbevölkerung vom Bundesrat nicht erfüllt.

Nun hat man einen Weg gefunden und den Nationalrat davon überzeugt, 25 Leopard-Panzer, die ausser Dienst gestellt sind, an den deutschen Hersteller zurückzukaufen. Die Frage war, ob wir die Panzer weiterhin in der Ostschweiz dahinmodern lassen oder sie an Deutschland zurückgeben, damit sie dort ihre Bestände wieder ausgleichen können. Da Deutschland bereits unabhängig davon Panzer aus ihren Beständen an die Ukraine weitergegeben hatte, sicherte Bundesrätin Amherd dem Rat zu, dass es sich nicht um einen Ringtausch handelt. Auch versicherte die deutsche Seite, so die Bundesrätin, dass diese Panzer aus den Altbeständen der Schweiz nicht in die Ukraine gehen werden. Die SVP-Fraktion beurteilte den Vorgang dennoch als einen Ringtausch und damit als nicht vereinbar mit der Neutralität. Gegen den Entscheid wehrte sich nur diese Fraktion. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.



Am Ende einer Session findet immer ein Schlussabend der Fraktion statt. Dieses Mal kam auch Bundesrätin Viola Amherd. Die Aussicht war top vom 18. Stock in der Rooftopbar pinkLime in Bern.

Ukraine

Wie erwähnt, war in dieser Session die Ukraine ein herausforderndes Thema. Mit der "Lex Ukraine", welche die Sicherheitspolitische Kommission vorgeschlagen hatte, beriet der Nationalrat eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Leider wurde dieser Vorschlag nicht angenommen.

Weiter diskutierten die Räte über ein Unterstützungsprogramm für die Ukraine in der Höhe von fünf Milliarden Franken für Friedensförderung und Wiederaufbau, doch auch dieses wurde abgelehnt. Die EVP bedauert diese Ergebnisse, da sie der Überzeugung ist, dass das Völkerrecht und unsere Neutralität Hand in Hand gehen müssen.

Am letzten Donnerstagnachmittag der Session gab es zudem eine ausserordentliche Ansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Darin gab er dem Parlament einen Einblick in die Lage in der Ukraine. Er forderte die Parlamentarier und Parlamentarierinnen auf, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und sich für Friedensverhandlungen einzusetzen. Die Nationalräte der EVP waren sehr bewegt von diesen Worten.

Voranschlag Bundesasylzentrum

Auf die steigende Zahl der Asylsuchenden reagierte der Bundesrat und beantragte einen Kredit für mehr Unterbringungsmöglichkeiten. Der Ständerat hat diesen jedoch leider bereits zweimal abgelehnt. Der Nationalrat fand in der Sommersession einen Kompromiss, indem er den Kredit halbierte. Die EVP begrüsst diesen Kompromissvorschlag. In der Einigungskonferenz setzte sich zwar der Nationalrat durch, doch der Ständerat akzeptierte die Entscheidung nicht. Er argumentierte, zunächst sollten die bestehenden Plätze in Zivilschutzanlagen genutzt werden. Auch wenn sich die Kantone dagegen wehrten, gilt nun der kleinere Betrag, also die Nicht-Genehmigung der Containerdörfer zur Unterbringung Asylsuchender auf Armeegrundstücken. Ein Chaos bei einem Anstieg der Asylgesuche im Herbst oder Winter scheint damit vorprogrammiert.

Motion #banporn4kids

Nachdem der Nationalrat bereits im Mai 2022 die Nik Guggers Motion angenommen hatte, kam diese nun im Ständerat auf die Agenda. Einmalig dabei: Nik Gugger durfte vorgängig bei der zuständigen Kommission die Motion verteidigen. Schlussendlich stimmte der Ständerat zur Freude der EVP einstimmig zu – mit einer Änderung: Netzsperrungen wurden aus der Vorlage gestrichen. Anstelle heisst es jetzt: Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung die gesetzlichen Anpassungen vorzulegen, dass der Zugang zu legaler Pornographie für Personen unter 16 Jahren erschwert oder verunmöglicht wird. Hierzu sollen die Telekomanbieter verpflichtet



Diese Session hatten wir wieder einige Besuche. Auf dem Bild die ehemalige Präsidentin der EVP Winterthur und alt Kantonsrätin Barbara Günthard Fitze mit ihrem Mann Walter Fitze.

werden, die Erziehungsberechtigten auf die technischen Möglichkeiten bei Endgeräten und Angeboten hinzuweisen sowie ihnen Tools und Apps anzubieten, mit denen Jugendliche wirksam vor pornografischen Inhalten geschützt werden. Die Motion geht nun zurück in den Nationalrat.

Bericht BärnToday: <https://www.baerntoday.ch/schweiz/mit-sms-telekomanbieter-sollen-jugendliche-vor-pornos-schuetzen-152022426>

Motion Förderung von sozialen Unternehmen

Nik Gugger's Motion zur Förderung sozialer Unternehmen wurde mit 93 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen. Die Motion erkennt die Bedeutung von sozialen Unternehmen für die Schweiz und betont, dass diese Unternehmen einen wichtigen positiven Beitrag leisten für das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Denn ihr Beitrag bedeutet nicht einfach, ihre negativen Auswirkungen ("Impact") zu reduzieren, sondern vielmehr einen positiven "Impact" zu generieren und sich aktiv für das Gemeinwohl und die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen einzusetzen.

Der Bundesrat soll eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen, damit soziale Unternehmen zum Beispiel durch eine spezielle Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (öffentliche Beschaffung), durch erleichterte Finanzierung, die Steuerbefreiung zweckgebundener Gewinne oder mit Beratungsstellen konkret gefördert und vorangetrieben werden. In Deutschland, Frankreich und Grossbritannien sowie in einigen anderen Ländern geschieht dies bereits. Mit der Annahme dieser Motion hat der Nationalrat einen ersten wichtigen Schritt für die Schweiz in diese Richtung gemacht.

"Ich freue mich sehr, dass das soziale Unternehmertum auch in der Schweiz bis in bürgerliche Kreise hinein als zukunftsweisend angesehen wird", so das Fazit von Nik Gugger. [Votum Nik](#)

In dieser Session eingereichte Vorstösse

Marc Jost

Postulat: Ehen, Partnerschaften und Paare stärken – davon profitiert die Gesellschaft insgesamt

Interpellation: E-Voting für Auslandsschweizer und Auslandschweizerinnen und Menschen mit Behinderung bei Wahlen und Abstimmungen (*eingereicht in der Sondersession*)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)

«Unternehmen sollen sich nicht nur auf ihre Gewinne konzentrieren, sondern auch auf ethisches und nachhaltiges Wirtschaften. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die es Schweizer Firmen einfacher machen, ihr Geschäft auch auf das ökologische und soziale Wohl auszurichten.»

Nationalrat Nik Gugger



Nik Gugger

Fragestunde:

- Energieperspektiven 2050+
- Kehrichtverbrennung bei Plastik und Kreislaufwirtschaft
- Additive und Kreislaufwirtschaft
- Analyse der Wirkung von Bundessubventionen auf ihre biodiversitätsschädigende Wirkung: Werden weitere Stakeholder einbezogen?

Postulat: Ethisches und nachhaltiges Wirtschaften im Finanzsektor und bei staatsnahen Betrieben (Risikominimierung)

(Eingereicht in der ausserordentlichen Session)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

Lilian Studer

Fragestunde: Einheitliche und umfassende Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans - wo stehen die Kantone?

Postulat: Opferschutz durch Täterarbeit *(zusammen mit Tamara Funciello und Patricia von Falkenstein)*

Motion: Freiwilliger Zugang zum Zivildienst

Interpellation: Alkohol- und Tabaktestkäufe *(eingereicht in der Sondersession)*

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Lilian Studer
Nik Gugger
Marc Jost

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

